



Katrin Göring-Eckardt | Dr. Anton Hofreiter | Harald Ebner

Steffi Lemke | Nicole Maisch | Peter Meiwald

Mitglieder des Deutschen Bundestages Bündnis 90/Die Grünen

WEGE ZU EINER PESTIZIDREDUKTION IN DER LANDWIRTSCHAFT – WIE WIR GIFTE VOM ACKER BEKOMMEN UND ARTENVIELFALT RETTEN

Das Geschäft mit Pestiziden ist profitabel. Über 100.000 Tonnen Pestizide werden jährlich in Deutschland verkauft. Auf deutschen Äckern werden 50 Prozent mehr Pestizide als 1995 eingesetzt. Seit 1970 hat sich die Giftmenge sogar mehr als verdoppelt– obwohl immer wirksamere und damit oft auch toxischere Wirkstoffe eingesetzt werden. Trotz Teilverboten hat sich auch an der Menge der eingesetzten Neonicotinoide - Insektengifte, die massenhaftes Bienensterben verursachen - nichts geändert. Der Nettoinlandsumsatz der deutschen Pestizidhersteller beläuft sich auf satte 1,6 Mrd. Euro¹. Dem stehen massive Kosten und Schäden gegenüber – für unsere Gesundheit, bei Tieren und Umwelt.

Satte Gewinne für die Hersteller – Großschäden für die Artenvielfalt

Ackergifte treffen nicht nur die Lebewesen, gegen die sie eingesetzt werden. Sie vernichten sowohl Wildkräuter als auch Insekten. Um 80 Prozent ist die Masse der Insekten in den letzten 15 Jahren zurückgegangen. Das ist fatal, denn Insekten sind Nützlinge für Ackerkulturen und unverzichtbare Bestandteile für das Gleichgewicht der Ökosysteme. Gerade bei den Bestäubern wie Bienen, Hummeln und Schmetterlingen weisen jüngste Studien dramatische Verluste aus². Bei den Hummeln ist der Bestand in den letzten 10 Jahren um 90 Prozent eingebrochen. Von den Wildbienenarten sind 39 bereits ausgestorben. Wenn Wildbienen fehlen, werden wichtige Lücken ins Bestäubernetz gerissen, denn viele sind auf ganz bestimmte Pflanzen spezialisiert. Auch der noch weitgehend unerforschte Rückgang von Nützlingen wie Schlupfwespen ist erschreckend.

Damit sägt die Agrarwirtschaft an ihrem eigenen Ast. Denn schätzungsweise 80 Prozent der Nutz- und Wildpflanzen und eine Vielzahl von Kulturen sind ganz oder zum größten Teil auf die Bestäubung durch Insekten angewiesen. Schätzungen gehen von 230 bis 570 Milliarden Dollar aus, die diese Bestäuberleistung wert ist³. In Teilen der USA gibt es nur noch so wenige Bienen, dass die Bestäubung nur noch mit mobilen Völkern gewährleistet werden kann. In einzelnen Regionen in China muss sie schon von Hand erledigt werden. Besonders abstrus: inzwischen wird in völligem Missverständnis der ökologischen Zusammenhänge versucht, mit Bienenrobotern die fatalen Fehler der industriellen Agrarwirtschaft auszugleichen.

¹ http://www.iva.de/sites/default/files/pdfs/der_pflanzenschutzmarkt_2015.pdf

² Zahlen aus dem Vortrag von Dr. Melanie von Orlow (NABU) beim Fachgespräch „Stummer Frühling ante portas – was tun gegen das dramatische Insektensterben?“ am 06.03.2017

³ <http://www.naturalis.nl/media/library/2016/12/Potts-et-al.-2016-Safeguarding-pollinators.pdf>



Katrin Göring-Eckardt | Dr. Anton Hofreiter | Harald Ebner

Steffi Lemke | Nicole Maisch | Peter Meiwald

Mitglieder des Deutschen Bundestages Bündnis 90/Die Grünen

Fehlen die Insekten, fehlt der gesamten Nahrungskette im Ökosystem und damit auch vielen anderen Tierarten die Nahrungsgrundlage. Die Folgen sind alarmierend. Heute leben 50 Prozent weniger Vögel als noch vor 30 Jahren auf den landwirtschaftlichen Flächen Deutschlands. Wer auf dem Feld steht, hört kein Zwitschern, sondern Schweigen. Auf dem Land sehen wir Rückgänge bei nahezu allen Lebewesen, weil komplette Nahrungsnetzwerke zusammenbrechen. Totalherbizide wie Glyphosat wirken hier besonders fatal, weil Blühpflanzen als Nahrung für Insekten fehlen. In Summe: Der industrielle Pestizideinsatz ist zu einer Hauptursache des Artensterbens geworden.

Wir vergiften unseren Boden, das Wasser, die Luft und unsere Lebensmittel

Pestizide landen leider auch da, wo man sie gar nicht haben will: im Wasser, im Boden, in der Luft, in Lebensmitteln. Schon beim Spritzen erreicht ein Teil nicht den Boden oder verdunstet wieder. Die Pestizide bleiben bei entsprechender Wetterlage lange in der Luft und können weit verfrachtet werden. Für Glyphosat, aber auch für andere Stoffe gibt es deutliche Hinweise darauf, dass sie das Bodenleben schädigen und uns damit langfristig die Grundlage für den Anbau unserer Lebensmittel rauben.

In Grund-, Oberflächen und Regenwasser sind Pestizidrückstände breit nachweisbar. Kläranlagen müssen für viel (öffentliches) Geld umgerüstet werden, um Rückstände zu filtern, Mineralwasserquellen sind durch Grenzwertüberschreitungen bedroht. Mittlerweile zahlen viele Wasserwerke Landwirtinnen und Landwirten Sonderprämien, wenn sie auf Pestizide verzichten und so das Wasser sauber halten.

Pestizide landen aber auch direkt auf dem Teller – und damit in unseren Körpern. So wurden Glyphosatrückstände bei verschiedenen Stichprobentests selbst im Urin von StadtbewohnerInnen nachgewiesen. 2014 hat das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) in fast zwei Dritteln der Stichproben von Lebensmittelkontrollen Pestizidrückstände gefunden. Zwar erklärt das BVL diese Rückstände für ungiftig, weil sie unter dem zulässigen Grenzwert lägen. Aber: Welche Folgen es hat, wenn VerbraucherInnen permanent Kleinstdosen dieser Stoffe (zum Teil in Mehrfachkombinationen) ausgesetzt sind, ist völlig unklar⁴. Jeder weiß, wie fatal Wechselwirkungen von Medikamenten sein können. Über Wechselwirkungen von Pestiziden, die wir über unsere Nahrung aufnehmen, wissen wir hingegen kaum etwas. Gerade wegen dieser Unsicherheit kann es nicht sein, dass wir über unsere Nahrung ständig einem Giftcocktail ausgesetzt sind.

⁴ Vgl.

http://www.bfr.bund.de/cm/343/mehrfachrueckstaende_von_pestiziden_in_lebensmitteln_zeit_fuer_massnahmen.pdf



Katrin Göring-Eckardt | Dr. Anton Hofreiter | Harald Ebner

Steffi Lemke | Nicole Maisch | Peter Meiwald

Mitglieder des Deutschen Bundestages Bündnis 90/Die Grünen

In Europa leidet die Gesundheit von AnwenderInnen oder AnwohnerInnen unter Pestizideinsatz⁵. In den USA klären gerade die Gerichte, welche Rolle Glyphosat bzw. Roundup dabei spielt, dass LandwirtInnen überdurchschnittlich häufig an bestimmten Krebsarten erkranken. Global ist die Situation noch ernster:

Der letzte Bericht der UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Nahrung spricht von 200.000 Todesfällen im Jahr. Vor allem bei der Pestizid-Anwendung in Entwicklungsländern kommt es zu Vergiftungen⁶.

Deutschland als einer der Leitmärkte in der Pestizidproduktion hat hier eine besondere Verantwortung.

Unser Ziel: Eine Landwirtschaft ohne Gift, Artenvielfalt retten

Die Landwirtschaft der Zukunft arbeitet mit ihren natürlichen Grundlagen – nicht gegen sie. Sie gefährdet nicht die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, sondern fördert sie durch gesunde Lebensmittel. Wollen wir die Landwirtschaft zukunftsfähig machen, müssen wir die momentane Abhängigkeit der Betriebsabläufe von Pestiziden auflösen. Wir brauchen dringend eine Landwirtschaft, die ohne den Großeinsatz von Pestiziden auskommt. Das fordern inzwischen aus gutem Grund auch Verbände der konventionellen Landwirtschaft⁷. Denn entstehende Resistenzen verringern Erträge und Gewinne genauso wie eventuell drohende Schadensersatzforderungen für Belastungen des Grundwassers.

Was passiert, wenn die Landwirtschaft nur auf Pestizide setzt, sehen wir an resistenten Superunkräutern. Zu einem solchen entwickelt sich beispielsweise der Fuchsschwanz in Norddeutschland. Im Extremfall können betroffene Äcker nicht mehr für den Anbau genutzt werden.

Gerade angesichts solcher realen Bedrohungen sind die Anstrengungen der Bundesregierung im Bereich des Einsatzes von Pestiziden und der Alternativen dazu erschreckend nachlässig. Der „Nationale Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln“ (NAP) soll kosmetisch darüber hinweg täuschen, dass die Bundesregierung das Problem des Großeinsatzes von Pestiziden aussitzt. Es verwundert wenig, dass Umweltverbände, BerufsimkerInnen und Wasserwirtschaft ihre Mitarbeit daran aufgekündigt haben.

Dabei zeigen Studien deutlich, dass in der Landwirtschaft bis zu 60 Prozent weniger Pestizide eingesetzt werden könnten – ohne dass die Ernte dadurch in Ertrag oder Qualität geringer

⁵ <https://www.agrarheute.com/news/frankreich-parkinson-berufskrankheit-anerkannt>

⁶ <https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G17/017/85/PDF/G1701785.pdf?OpenElement>

⁷ <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/landwirtschaft-fordert-wegen-ernterueckgang-einen-systemwechsel-14690355.html>



Katrin Göring-Eckardt | Dr. Anton Hofreiter | Harald Ebner

Steffi Lemke | Nicole Maisch | Peter Meiwald

Mitglieder des Deutschen Bundestages Bündnis 90/Die Grünen

ausfällt⁸. Der ökologische Landbau zeigt seit Jahren, dass Anbau auch ganz ohne chemisch-synthetische Pestizide gelingt.

Andere europäische Staaten haben deshalb in ihren Pestizid-Aktionsplänen auch klare Reduktionsziele definiert. Einer der ambitioniertesten Pläne ist der dänische. Dänemark hat als Ziel festgelegt, dass innerhalb von 20 Jahren 50 Prozent weniger Pestizide ausgebracht werden sollten. Zusätzlich wurden Zielgrößen für die Reduktion von Umwelt- und Gesundheitsauswirkungen definiert.

Mit klar kommunizierten Kennzahlen und Zeitfenstern erhalten LandwirtInnen und GärtnerInnen Planungs- und Investitionssicherheit.

Pflanzenschutz jenseits von Pestiziden

Es ist klar, dass wir den Einsatz besonders schädlicher Stoffe beenden müssen. Dazu zählen für uns die Totalherbizide Glyphosat und Glufosinat, die die Artenvielfalt schädigen und im Verdacht stehen, Krebs zu erregen und auf die Gehirnentwicklung beim Ungeborenen einzuwirken. Dazu zählen für uns aber auch die Neonicotinoide, die unsere Bienen und Wildinsekten bedrohen – und damit einen erklecklichen Teil unserer Lebensmittel.

Das erfordert aber einen Systemwechsel. Denn innerhalb des bestehenden, hochintensiven Systems der einseitig ausgerichteten Pflanzenproduktion – und dem damit verbundenen Modell des Pflanzenschutzes durch chemisch-synthetische Pestizide – wird ein verbotener Wirkstoff lediglich umgehend durch einen anderen, womöglich weniger erforschten ersetzt. Damit ist nichts gewonnen. Der Wegfall von Wirkstoffen muss deshalb durch ein Bündel an Anbaumaßnahmen statt durch neue Wirkstoffe ersetzt werden. Das erfordert Befähigung.

Wir wollen daher mehr Energien und Ressourcen in die Forschung nach Alternativen stecken, mit denen wir Pflanzen schützen. Hier geht es um robuste Sorten, vielseitige Fruchtfolgen, angepasste Bodenbearbeitung und Saatzeiträume, die Förderung von Nützlingen oder den Einsatz digitaler Innovationen für den Pflanzenschutz. Wir wollen die Forschung konsequent auf die Senkung des Pestizideinsatzes ausrichten.

Das bedeutet unter anderem, die Forschung zu integriertem Pflanzenschutz vor allem in den Bereichen Fruchtfolge, mechanisch-physikalische Bodenbearbeitung, Bodenschutz und Ressourceneffizienz deutlich auszubauen. Wir wollen mindestens 20 Prozent der Forschungsmittel im Agrarbereich für Fragen des Ökologischen Landbaus investieren. Er zeigt schon heute, wie eine Landwirtschaft ohne chemisch-synthetische Mittel gelingen kann. Erkenntnisse aus diesem Bereich – etwa mit weiten Fruchtfolgen, Saatabständen und dem

⁸ <https://www.nature.com/articles/nplants20178>



Katrin Göring-Eckardt | Dr. Anton Hofreiter | Harald Ebner

Steffi Lemke | Nicole Maisch | Peter Meiwald

Mitglieder des Deutschen Bundestages Bündnis 90/Die Grünen

Einsatz von Nützlingen – lassen sich auch für eine nachhaltigere konventionelle Landwirtschaft nutzbar machen.

Damit die Erkenntnisse auch in der Praxis ankommen, und Bäuerinnen und Bauern befähigt werden, ohne bzw. mit weniger Pestiziden zu arbeiten, darf die Beratung der Betriebe nicht den Agrochemie-Unternehmen überlassen werden. Wir wollen funktionierende Ansätze wie das Netzwerk der „Demonstrationsbetriebe Integrierter Pflanzenschutz“ deshalb stärken.

Damit machen wir den Pflanzenbau zukunftsfähig - und sichern langfristig unsere Ernährung ebenso wie das Auskommen unserer Bäuerinnen und Bauern.

Im Bereich Pestizide zeigt sich deutlich, warum der Ökolandbau, der auf chemisch-synthetische Mittel verzichtet, unser Leitbild bleibt. Wir wollen aber, dass auch die konventionelle Landwirtschaft umweltverträglicher wird. Nur so werden wir eine Senkung des Pestizideinsatzes erreichen. Dafür brauchen wir in unserem Programm auch zeitliche und ordnungspolitische Vorgaben.

Momentan müssen vor allem Bürgerinnen und Bürger für die Kosten von Pestizidschäden aufkommen, während es für die Verursachenden gerade bei niedrigen Pestizidpreisen keinen Anreiz gibt, ihre schädigende Produktionsweise umzustellen. Ein Steuerungsinstrument ist darum eine Pestizidabgabe für herstellende Unternehmen.

Aus der Abgabe und Umschichtungen in die Töpfe der so genannten „Zweiten Säule“ der EU-Agrarförderung können wir Risikominimierungsmaßnahmen und Landwirtinnen und Landwirte finanziell unterstützen, die sich auf den Weg des pestizidfreien Anbaus machen.

Zulassung: Umfassender und unabhängig

Großer Handlungsbedarf besteht bereits bei der Zulassung der Pestizid-Wirkstoffe. Die Zulassungsverfahren haben sich als anfällig erweisen. Deshalb wollen wir sie deutlich verbessern. Denn regelmäßig stellen sich zugelassene Stoffe im Nachhinein als giftiger für Mensch, Umwelt oder Natur heraus, als die Zulassungsstudien behauptet haben. Wir wollen sicherstellen, dass nur das auf den Markt gelangt, was wirklich unbedenklich ist.

Dazu müssen wir bestehende Lücken schließen. Zu klären ist, inwiefern sichere Aufnahmemengen und Höchstgehalte definiert werden können, wenn selbst kleine Rückstandsmengen schaden können. Auch die Folgen einer langfristigen Exposition mit Pestiziden sind nicht ausreichend erforscht. Bei der momentanen Risikobewertung liegt der Fokus außerdem auf dem einzelnen Wirkstoff. Das tatsächlich vermarktete Produkt, das zahlreiche ebenfalls relevante „Beistoffe“ enthält und im Effekt ggf. giftiger sein kann als der reine Wirkstoff, wird dagegen im EU-Verfahren kaum beachtet. Wechselwirkungen zwischen



Katrin Göring-Eckardt | Dr. Anton Hofreiter | Harald Ebner

Steffi Lemke | Nicole Maisch | Peter Meiwald

Mitglieder des Deutschen Bundestages Bündnis 90/Die Grünen

den verschiedenen Wirkstoffen bei Kombipräparaten und Spritzserien sind ebenfalls kaum erforscht – und die Folgen für Gesundheit und Umwelt gehen dementsprechend in die Bewertung nicht ein.

Vor allem aber müssen die Zulassungsverfahren endlich dem Zugriff der Agro-Konzerne mit ihren Eigeninteressen entrissen werden. Das macht nicht zuletzt die aktuelle Debatte um Monsanto deutlich, bei der das Unternehmen im Verdacht steht, zugunsten der Zulassung von Glyphosat Einfluss auf Behörden, ForscherInnen und Studien genommen zu haben. Analysen von Nicht-Regierungs-Organisationen haben aufgezeigt, wie die intransparente Zusammensetzung von Expertengremien, Interessenskonflikte bei der Bewertung eigener Studien und das System der konzerneigenen Zulassungsstudien dazu führen können, dass negative, auf schädliche Wirkungen hindeutende Ergebnisse nicht oder weniger gewertet werden⁹.

Abhilfe kann kurzfristig, wenn möglich auch auf nationaler Ebene, eine behördliche Registrierungspflicht aller Zulassungsstudien schon vor Beginn der Durchführung schaffen, damit deren Ergebnisse im Nachgang gezielt abgefragt werden können statt in der Schublade zu verschwinden. Das muss operabel überprüfbar sein, etwa durch Zugriffsrechte der Behörden auf die jeweiligen Datenserver der Hersteller.

Konzernfinanzierte Zulassungsstudien müssen allgemeinen wissenschaftlichen Standards genügen: Sie müssen soweit öffentlich gemacht werden, dass Design, Durchführung, Ergebnisse und Bewertung nachvollziehbar sind. Zudem müssen auch die Ergebnisse unabhängiger, publizierter Studien angemessen in die Risikobewertung einbezogen werden.

Mittelfristig brauchen wir bei den für die Zulassung vorgeschriebenen Studien eine Entkoppelung von Finanzierung (durch die Unternehmen), Vergabe (durch Behörden), Durchführung (durch unabhängige Labore) und Bewertung. Dabei ist klar: die (finanzielle) Verantwortung für die Erstellung der Zulassungsstudien und damit für den Nachweis der Harmlosigkeit des zur Zulassung beantragten Produkts muss bei den Herstellern bleiben – wie vom REACH-System erfolgreich eingeführt.

Um Interessenskonflikte von vornherein auszuschließen, sollen HerstellerInnen nicht mehr selbst aussuchen dürfen, in welchem Land (und damit bei welcher Behörde) sie ihre Wirkstoffe zur Zulassung anmelden - ebenso ist die Zusammensetzung der Expertengremien, die mit der Zulassung und Bewertung befasst sind, transparent zu machen. Eine lückenhafte Deklaration von Interessenkonflikten muss den Ausschluss der Betroffenen aus den jeweiligen Gremien zur Folge haben.

⁹ Vgl. http://www.kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2016/KAB2016_Kap1_64_73_Moldenhauer_Clausing.pdf



Katrin Göring-Eckardt | Dr. Anton Hofreiter | Harald Ebner

Steffi Lemke | Nicole Maisch | Peter Meiwald

Mitglieder des Deutschen Bundestages Bündnis 90/Die Grünen

5-Punkte-Plan zur Reduktion von Pestiziden:

1. Mensch, Tier und Umwelt schützen, Artenvielfalt retten

Dafür wollen wir:

- *den Einsatz von Pestiziden in Natur- und Trinkwasserschutzgebieten und auf artenreichem Grünland zügig beenden. Das gilt auch für ökologisch sensible Bereiche und deren Pufferflächen in Vogelschutz- und FFH-Gebieten,*
- *Rand- und Pufferstreifen einrichten, um die Abdrift und Abschwemmung von Pestiziden auf andere Flächen oder in Gewässer zu verhindern,*
- *ökologische Ausgleichsflächen einrichten, um Rückzugsorte für Flora und Fauna schaffen und den Einsatz von Pestiziden auf ökologischen Vorrangflächen verbieten,*
- *den Einsatz von Pestiziden in blühenden Beständen und vor der Ernte verbieten,*
- *ein repräsentatives Monitoring aufbauen, das die Belastung von Menschen, Luft, Böden und Gewässern misst.*

2. Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide deutlich zurückfahren

Wir wollen ein Pestizidreduktionsprogramm auflegen, das seinen Namen verdient.

Folgende Maßnahmen sind darin enthalten:

- *klare Reduktionsziele mit Kennzahlen und Zeitfenstern, wie es Frankreich und Dänemark schon heute vormachen,*
- *eine verbindliche und rechtssichere Definition dessen, was die Leitlinien der „guten fachlichen Praxis“ sind und was dem „integrierten Pflanzenschutz“ entspricht,*
- *Anreize schaffen für eine deutliche Senkung des Einsatzes, dazu gehört auch eine Abgabe auf die Produktion von Pestiziden, um dem Verursacherprinzip Rechnung zu tragen, sowie Landwirtinnen und Landwirte bei der Umstellung auf eine pestizidfreie Bewirtschaftung finanziell zu unterstützen*
- *die öffentliche Beratung und die Ausbildung stärken, die Bäuerinnen und Bauern befähigt, ohne bzw. mit weniger Pestiziden zu arbeiten.*

3. Schädliche Stoffe verbieten

Wir beenden den Einsatz besonders problematischer Stoffe wie der Totalherbizide Glyphosat und Glufosinat und der bienengefährdenden Neonicotinoide. Damit Hormongifte wirklich verboten werden, müssen die Cut-off-Kriterien für endokrine Disruptoren weiter gelten.



Katrin Göring-Eckardt | Dr. Anton Hofreiter | Harald Ebner

Steffi Lemke | Nicole Maisch | Peter Meiwald

Mitglieder des Deutschen Bundestages Bündnis 90/Die Grünen

4. Alternativen Pflanzenschutz ausbauen

Wir wollen die Agrarforschung in Deutschland konsequent am Ziel einer pestizidarmen Landwirtschaft ausrichten und gleichzeitig die Erzeugung gesunder Lebensmittel in erforderlicher Qualität und Menge sicherstellen. Dementsprechend wollen wir:

- *die Forschung zu integriertem Pflanzenschutz deutlich ausbauen,*
- *mindestens 20 Prozent der Forschungsmittel im Agrarbereich in den Ökolandbau investieren. Das kommt in gleichem Maß auch der konventionellen Landwirtschaft, die nachhaltiger werden will, zu Gute,*
- *die Mittel für die Erforschung robuster Sorten deutlich aufstocken,*
- *die Fortschritte der Digitalisierung für den Pflanzenschutz nutzbar machen.*

5. Zulassungsverfahren verbessern.

Dazu wollen wir:

- *dem Vorsorgeprinzip weiterhin oberste Priorität einräumen; insbesondere gegenüber einem „Innovationsprinzip“, wie es die Bundesregierung gerade tut,*
- *Lücken schließen und Risikoabschätzung weiterentwickeln. Stärker berücksichtigt werden sollen: Wechselwirkungen zwischen Wirkstoffen, die Folgen einer langfristigen Exposition, die Wirkung der Beistoffe von marktfähigen Produkten und so genannte off-target Effekte,*
- *die Verfahren unabhängig machen von den Einflüssen der herstellenden Konzerne, um Interessenskonflikte auszuschließen.*